

Fachkräftemangel Allgemeiner Sozialer Dienst (ASD)

(Beschluss des Präsidiums des Deutschen Städtetages
vom 22. November 2022 – 444. Sitzung in Hannover)

1. Der Deutsche Städtetag weist auf die drohende Überlastung der Allgemeinen Sozialen Dienste der Kommunen hin. Der Fachkräftemangel in der sozialen Arbeit und stetig wachsende Aufgabengebiete machen dringend eine Fachkräfteinitiative, eine Priorisierung der Aufgaben und eine Begrenzung des Aufgabenzuwachses notwendig.
2. Mit der stark anwachsenden Zahl der unbegleiteten minderjährigen Ausländer und Ausländerinnen (UMA), die in Deutschland ankommen, steigt der Druck auf das System der Inobhutnahme und der stationären Hilfen zur Erziehung. Auch die Allgemeinen Sozialen Dienste der Kommunen sind mit der Unterbringung und Versorgung immer stärker gefordert. Großstädte mussten in den vergangenen Monaten häufig überproportional viele UMA aufnehmen. Eine zügige bessere Steuerung der Verteilung ist daher dringend geboten.
3. Die Länder müssen die Kommunen durch den Ausbau der Kapazitäten an den Fachhochschulen bei der Lösung der Personalprobleme in den Allgemeinen Sozialen Diensten unterstützen. Benötigt werden vor allem Absolventinnen und Absolventen von (sozial-) pädagogischen Studiengängen. Die Zulassung unterschiedlicher Abschlüsse für die Tätigkeit im ASD muss in den Ländern überprüft werden, um möglichst vielen Absolventinnen und Absolventen dieses Tätigkeitsfeld zu eröffnen.

4. Bund und Länder müssen bei Gesetzesnovellierungen eine zusätzliche Belastung der Sozial- und Jugendämter mit Verwaltungsaufwand unbedingt vermeiden und stattdessen für mögliche Entlastungen sorgen. Der Kinderschutz muss Priorität haben. Daher muss es den Allgemeinen Sozialen Diensten ermöglicht werden, ihre Prioritäten so zu setzen, dass ihre Kernaufgaben bestmöglich erfüllt werden.